

<http://www.angela-merkel.de/page/145.htm>

Mail an Bundeskanzlerin per Internet am 20.02.12

Sehr geehrte Frau Merkel,

damit es nicht zu lang wird, mache ich es kurz und verzichte auf weitere Erläuterungen.

Die Staatsführung und ihre Organe sind mit Schuld, daß sich die sog. Naziterrorzelle NSU etablieren und agieren konnte.

Aktive Vertreter von Bündnissen gegen Rechts, Rassismus und Rechtspopulismus sind entgegen der allgemeinen Öffentlichkeit nicht verwundert, wurden doch seit Jahren entsprechende Warnungen ausgesprochen und negiert.

Einerseits mit Erstaunen, sich endlich auch als Regierung zu positionieren, haben wir die Entschuldigung der Regierung an die Hinterbliebenen der Opfer wohlwollend zur Kenntnis genommen. Auch unterstützen wir den geplanten Festakt.

Aber wir vermissen etwas. Nachweislich wurden in den Jahren nach der "Wende" mindestens 181 Menschen von Rechts und Rassisten ermordet. Darüber wird leider nicht geredet. Auch diese Opfer haben Hinterbliebene. Für sie muß es wie ein Schlag ins Gesicht sein, wenn sie faktisch weiterhin "nicht existent" sind.

Frau Bundeskanzlerin Merkel, wir erinnern Sie gerne an eine Ihrer Reden und hoffen, daß den Worten Taten folgen.

Sie sagten in einer Rede, anläßlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Universität Tel Aviv Anfang 2011:

"Das von Deutschen begangene menschenverachtende Verbrechen der Shoah, der Mord an sechs Millionen Juden, fügte dem jüdischen Volk unermeßliches Leid zu. Dieser unfäßbare Bruch der Zivilisation trat die jüdische Kultur und Tradition mit Füßen. Er löschte unzählige Familien aus. Er zerriß unsere gemeinsame Geschichte in Deutschland und Europa. Deutschland ist sich – das sage ich hier und heute auch als Bundeskanzlerin – seiner immerwährenden Verantwortung für das dunkelste Kapitel seiner Geschichte bewußt. Deutschland ist sich dieser immerwährenden Verantwortung bewußt, weil nur in der Annahme dieser Verantwortung das Fundament liegt, um Zukunft wirklich gestalten zu können(...)

Die immerwährende Verantwortung verpflichtet die deutsche Politik in mehrfacher Hinsicht.

Erstens: Wo immer auf der Welt Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit einen Nährboden finden, wo immer ein Staat solcher Menschenverachtung Raum gibt, tritt Deutschland dem entschieden entgegen..."

Unsere Frage darf und muß erlaubt sein:

Warum wird im eigenen Land nicht gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit entschieden entgegen getreten?

Warum entschuldigt der Deutsche Bundestag sich bei den Hinterbliebenen der Opfer der „Nazi-Terrorzelle“, nicht aber bei den Hinterbliebenen der weiteren mindestens 181 Todesopfern rechter Gewalt seit 1990?

Wir würden uns sehr freuen, wenn das Ausmaß rechter Gewalt und konsequentes Handeln dagegen, seinen Niederschlag in der Politik Deutschlands finden würde.

Wir würden uns freuen, wenn diese Arbeit nicht engagierten Einzelpersonen und Bündnissen allein überlassen bleibt und sie sich damit persönlich in den Angriffsfokus von Rechten und Rassisten begeben (auch darüber gibt es Dokumentationen) und wir würden uns freuen, wenn diese wichtige Arbeit mehr unterstützt wird, als wie in der Vergangenheit sogar behindert.

Mit freundlichen Grüßen

Bürger_Innen und Bürger der Initiative gegen Rechts

www.initiative-gegen-rechts.de

Datenspeicherung zur CDU-internen Nutzung wurde abgelehnt.
Datenspeicherung für Dritte wurde ausgeschlossen.